

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2030: Demographie bremst mittelfristiges Wachstum

Impressum

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)
Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2026

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt
Gestaltung: Magdalena Franke, Claudia Lohkamp

**Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2030: Demographie
bremst mittelfristiges Wachstum**

ISSN 1861-6305 (online)



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.



Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2030: Demographie bremst mittelfristiges Wachstum¹

Stefan Kotz, Clara Krause und Torsten Schmidt

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
Summary	3
1. Demographie bremst Potenzialwachstum	4
2. Deutsche Exporte hinken dem Welthandel weiter hinterher	8
3. Fiskalpolitik gibt Impulse, Geldpolitik bleibt neutral	9
4. Projektion bis 2030: Produktionslücke schließt sich im kommenden Jahr	9
5. Literatur.....	11

¹ Abgeschlossen am 19.3.2026. Wir danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung.

Kurzfassung: Die Alterung der Gesellschaft und die nur schwachen Produktivitätszuwächse belasten die mittelfristigen Wachstumsaussichten erheblich. Bis 2030 dürfte das Wachstum des Produktionspotenzials auf nur noch knapp über null zurückgehen. Die Produktion kommt im Zuge der konjunkturellen Erholung bereits im Jahr 2027 in eine Phase der Überauslastung. Nachdem der Kapitalstock über mehrere Jahre geschrumpft ist, dürfte er im Prognosezeitraum wieder steigen. Wesentliche Unsicherheiten für die Prognose sind mit der Geschwindigkeit des Mittelabflusses aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, einer weiteren Eskalation des Iran-Kriegs sowie mit dem handelspolitischen Umfeld verbunden. Insgesamt ist im Projektionszeitraum mit einem historisch außergewöhnlich schwachen Wachstum zu rechnen.

Summary: An aging society and persistently weak productivity growth weigh heavily on the medium-term economic outlook. By 2030, growth in potential output is expected to decline to just above zero. In the course of the cyclical recovery, the economy is likely to enter a phase of overutilization as early as 2027. After the capital stock has contracted for several years, it is expected to expand again over the medium-term horizon. Major sources of uncertainty for the forecast stem from the speed of outflow of the budgetary resources of the Special Fund for Infrastructure and Climate Neutrality, from a further escalation of the Iran war, and from the international trading environment. Overall, growth over the projection horizon is expected to be historically exceptionally weak.

1. Demographie bremst Potenzialwachstum

Als Grundlage der Mittelfristprognose wird das Produktionspotenzial bis zum Jahr 2030 geschätzt. Dabei wird, wie in der EU-Methode zur Potenzialschätzung (Havik et al. 2014), eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion vom Typ Cobb-Douglas zugrunde gelegt. Auf Basis historischer Werte sowie der Kurzfristprognose (Schmidt et al. 2026) werden die Trendkomponenten der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und totale Faktorproduktivität (TFP) geschätzt und bis 2030 fortgeschrieben, um die Faktoren um Konjunkturkomponenten zu bereinigen. Für die Herleitung des (potenziellen) Arbeitsvolumens erfolgt dies anhand einer Zerlegung in die zugrundeliegenden Faktoren: Erwerbsbevölkerung, Arbeitsmarktpartizipation, Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit pro Kopf der Erwerbstätigen.

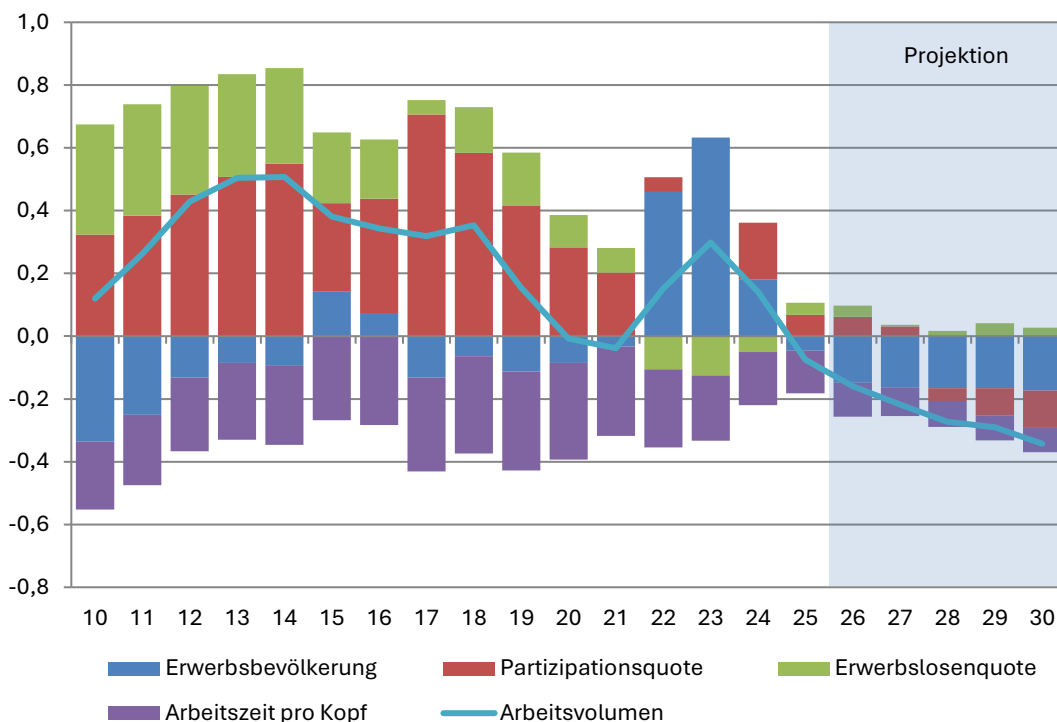
Bei der Bestimmung der Trendkomponenten orientiert sich die vorliegende Prognose am Verfahren der modifizierten EU-Methode (MODEM) der Gemeinschaftsdiagnose (GD). Diese unterscheidet sich von der ursprünglichen EU-Methode in zweifacher Hinsicht. Erstens wird zur Schätzung der Trendkomponente der totalen Faktorproduktivität ein Unobserved-Components-Modell verwendet. Dieses trägt dem rückläufigen TFP-Wachstum der vergangenen Jahre Rechnung. Der in der EU-Methode eingesetzte Kalman-Filter hat diese Entwicklung in den letzten Jahren tendenziell überschätzt. Zweitens wird zur Prognose des Arbeitsvolumens ein Kohortenmodell (Barabas et al. 2017) herangezogen. Auf diese Weise können demografische Veränderungen adäquater berücksichtigt werden.

Die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird anhand von Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes abgebildet. Die Bevölkerungsprognose stützt sich einerseits auf den Zensus und andererseits auf die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung, um das Bevölkerungswachstum im Projektionszeitraum zu bestimmen. Die 16. Bevölkerungsvorausberechnung wurde Ende vergangenen Jahres veröffentlicht; sie basiert auf dem Zensus 2022. Sie ersetzt somit die 15. Vorausberechnung, die auf einer Fortschreibung des Zensus 2011 beruhte. Im Vergleich zeigt sich, dass im Jahr 2021 bereits 1,3 Millionen Menschen weniger in Deutschland lebten, als die Fortschreibung des alten Zensus ausgewiesen hatte. Dies ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass viele Menschen Deutschland verlassen haben, ohne sich bei den Einwohnermeldeämtern abzumelden. Darüber hinaus zeigt das mittlere Szenario (G2L2W2) der aktuellen Vorausberechnung, dass im Jahr 2070 10 % weniger Menschen in Deutschland leben werden als im Jahr 2021. Im entsprechenden Szenario der alten Vorausberechnung stagnierte die Bevölkerung über denselben Zeitraum hinweg weitgehend (Lehman und Ragnitz 2026). Der Unterschied ergibt sich aus einer niedrigeren Geburtenrate sowie geringerer Zuwanderung. Der demografische Wandel vollzieht sich nach der aktuellen Vorausberechnung schneller als zuvor erwartet.

Die Bevölkerungszahlen werden auf Basis des mittleren Szenario (G2L2W2) der Projektion fortgeschrieben. Für diese Variante werden sowohl für die Geburtenhäufigkeit als auch für die Lebenserwartung und den Wanderungssaldo moderate Entwicklungen unterstellt. Die daraus abgeleiteten Veränderungsdaten werden durch neuere Daten beziehungsweise eigene Annahmen zur Migration ergänzt. Die Nettozuwanderung verändert sich häufig sprunghaft und unerwartet. Sie wird neben ökonomischen Chancen und anderen Einflussfaktoren auch durch Veränderungen der staatlichen Gesetzgebung sowie durch Phasen erhöhter Fluchtmigration bestimmt. Im vergangenen Jahr ging der Wanderungssaldo jedoch stärker als erwartet zurück und lag wohl zwischen 200 000 und 260 000 Personen. Damit lag er deutlich unter den in der 15. Vorausberechnung unterstellten 406 000 Personen. Die statistischen Ämter sahen in dieser relativ schwachen Entwicklung jedoch keinen ausreichenden Grund, von ihrer langfristigen Annahme zur Wanderung in der aktuellen Vorausberechnung abzuweichen. Für diese Prognose wird ein

Verlauf zwischen der moderaten und der niedrigen Wanderungsvariante als plausibler angesehen. Für das Jahr 2030 wird ein positiver Wanderungssaldo von 245 000 Personen angenommen. Damit wird auch unterstellt, dass die Konflikte im Nahen Osten – etwa der Iran-Krieg, die Bodenoffensive Israels gegen den Libanon oder das militärische Vorgehen der islamistischen Regierung unter al-Scharaa gegen die demokratische Konföderation Nordsyrien – nicht zu nennenswerten Flüchtlingsbewegungen in Richtung Deutschland führen. Die Gesamtbevölkerung hat – auch aufgrund der schwächeren Zuwanderung – wahrscheinlich bereits im Jahr 2024 ihren Höchststand erreicht. Noch deutlicher fällt der Rückgang bei der Erwerbsbevölkerung aus. Im Projektionszeitraum dürfte sie damit negativ zum Wachstum des potenziellen Arbeitsvolumens und des Produktionspotenzials beitragen (Schaubild 1).

Schaubild 1
Komponenten des Arbeitsvolumens
 2010 bis 2030, Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Erwerbsbevölkerung ist die Anzahl der Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren. Die oberen Alterskohorten der Erwerbsbevölkerung liegen somit deutlich oberhalb des Rentenalters der meisten Menschen in Deutschland. Da die Partizipationsrate auf dieser Basis berechnet wird, führt die Alterung der Gesellschaft vor allem gegen Ende des Prognosezeitraums zu einer sinkenden Partizipationsrate. Bei der Bestimmung der potenziellen Arbeitsmarktpartizipation werden geflüchtete Personen und die übrige Bevölkerung getrennt betrachtet. Die hohe Fluchtmigration seit dem Jahr 2022 dürfte die strukturelle Partizipationsquote in den vergangenen Jahren gedämpft haben. Denn obwohl für Geflüchtete aus der Ukraine gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die die Teilnahme am Arbeitsmarkt erheblich erleichtern, sind auch aufgrund der ukrainischen Ausreisebestimmungen überdurchschnittlich viele Frauen mit Kindern, aber ohne mitziehenden Elternteil, eingewandert.

Frühjahr 2026: Mittelfristprojektion bis 2030

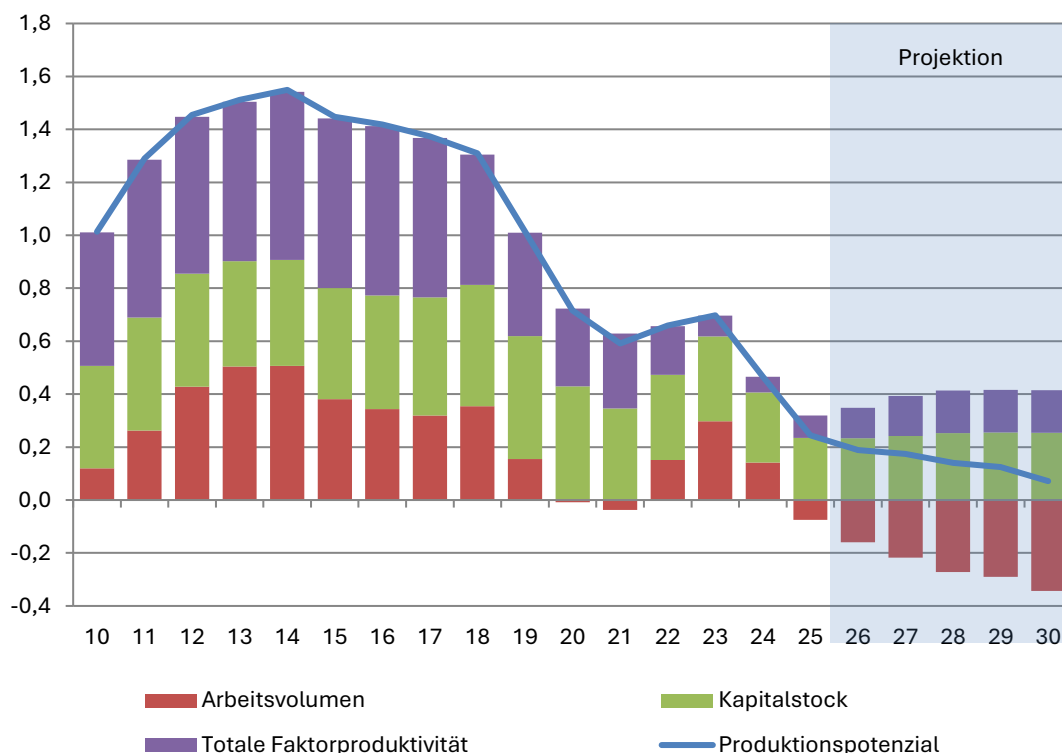
Die getrennte Betrachtung von Geflüchteten und übriger Bevölkerung dient dazu, die strukturellen Entwicklungen innerhalb der restlichen Bevölkerung präziser zu erfassen. Zugleich bleibt die künftige Entwicklung der Partizipationsquote mit Unsicherheit behaftet, da insbesondere politische Reformen die Arbeitsanreize spürbar verändern könnten. Für die strukturelle Erwerbslosenquote ist im Projektionszeitraum ein leichter Rückgang zu erwarten. Maßgeblich hierfür ist die unterstellte fortschreitende Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Für die übrige Bevölkerung deutet die Schätzung hingegen nicht auf nennenswerte Veränderungen der ohnehin bereits niedrigen trendmäßigen Erwerbslosenquote hin.

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte wie in den vorhergehenden Jahren weiter sinken, allerdings etwas langsamer. Neben der zusätzlichen Verbreitung von Teilzeitarbeit haben während der Pandemie hohe Krankenstände und der verstärkte Einsatz von Kurzarbeit die geleistete Arbeitszeit erheblich gedrückt. Zwar wird diesem Sondereffekt für das Jahr 2020 durch eine Interpolation Rechnung getragen; dennoch ist nicht auszuschließen, dass die außergewöhnlich niedrigen Werte den geschätzten Trend nach unten verzerren. Nach der Pandemie wurde dieser Effekt durch die schrittweise Einführung der digitalen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zusätzlich verstärkt, da seither mehr Krankheitstage statistisch erfasst werden (ZEW 2024). Insofern besteht hier Spielraum für eine günstigere Entwicklung, als der berechnete Trend derzeit nahelegt. Die Kurzfristprognose bis zum Jahr 2027 unterstellt daher einen leichten Anstieg der Arbeitszeit pro Kopf (Schmidt et al. 2026). Insgesamt ist im Projektionszeitraum zu erwarten, dass vom potenziellen Arbeitsvolumen – anders als in den vergangenen Jahren – negative Impulse auf das Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft ausgehen (Schaubild 2).

Schaubild 2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials

2010 bis 2030; Wachstumsbeiträge in %-Punkten bzw. Veränderung in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Für die Fortschreibung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks wird zunächst die Kurzfristprognose für die Bruttoanlageinvestitionen herangezogen. Nach einem schwachen Verlauf im Anschluss an die Pandemie ist bis zum Jahr 2027 mit einem spürbar stärkeren Anstieg der Investitionen zu rechnen. In der mittleren Frist basiert die Projektion dann auf einer Fortschreibung der Investitionen mithilfe der geschätzten potenziellen Investitionsquote. Das im Jahr 2025 beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) sowie ein zu erwartender Anstieg der Investitionen im Verteidigungsbereich gehen in der verwendeten Methode nur insoweit ein, wie sie bereits in der Kurzfristprognose angelegt sind. Aber auch ohne die explizite Berücksichtigung dieser Mittel leistet der wachsende Kapitalstock im Projektionszeitraum einen positiven Beitrag zum Potenzialwachstum. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 0,6 % nimmt der Kapitalstock jedoch langsamer zu als in den vorangegangenen Jahren (Tabelle 1). Für die Höhe dieses Zuwachses ist nicht nur die Investitionstätigkeit maßgeblich, sondern auch die Entwicklung der Abgänge aus dem Kapitalstock. Diese werden in der Projektion mit der zuletzt beobachteten Quote fortgeschrieben. Sollten die Abgänge künftig höher ausfallen, etwa infolge von Veralterung des bestehenden Kapitalstocks, durch Naturkatastrophen oder wegen des Ersatzes bestehender Anlagen zur Verringerung von Emissionen, könnte dies den Kapitalaufbau zusätzlich dämpfen.

Die Steigerung der trendmäßigen TFP trägt mit durchschnittlich 0,1 % nur schwach zum Wachstum des Produktionspotenzials bei. Das verwendete Schätzmodell setzt den rückläufigen Trend der vergangenen Jahre fort. Etwaige Produktivitätssprünge, etwa durch den vermehrten Einsatz von KI-Technologien, sind nicht abschätzbar und werden innerhalb dieser Methodik nicht einbezogen; daher besteht auch hinsichtlich der Produktivitätsentwicklung erhebliche Unsicherheit. Das Wachstum der trendmäßigen TFP beträgt mit durchschnittlich 0,1 % nur noch ein Fünftel des Durchschnitts der Periode 2000 bis 2025. Insgesamt beträgt das durchschnittliche Wachstum des Produktionspotenzials mit 0,1 % sogar nur noch ein Elftel des langjährigen Durchschnitts.

Tabelle 1

Produktionspotenzial und seine Komponenten

1996 bis 2029; jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	2000 – 2025	Wachstumsbeiträge ²	2025 – 2030	Wachstumsbeiträge ²
Produktionspotenzial	1,1		0,1	
Kapitalstock	1,3	0,5	0,6	0,2
Solow-Residuum	0,5	0,5	0,1	0,1
Arbeitsvolumen	0,3	0,2	-0,3	-0,2
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0	0	-0,2	-0,1
Partizipationsquote	0,5	0,3	0	0
Änderung der Erwerbslosenquote ³	0,2	0,1	0	0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,3	-0,1	-0,1
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	0,8		0,4	

Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. – ²In %-Punkten. – ³Ein Rückgang der Erwerbslosenquote führt zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens.

2. Deutsche Exporte hinken dem Welthandel weiter hinterher

Ausgangspunkt der vorliegenden Projektion der weltwirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist sind die Ergebnisse der Kurzfristprognose für die konjunkturelle Entwicklung des internationalen Umfeldes (Schmidt et al. 2026). Kurzfristig wird die weltwirtschaftliche Entwicklung durch die gestiegenen Energiepreise und der defacto Sperrung der Straße von Hormus, die zu Lieferengpässen insbesondere in asiatischen Ländern führt, belastet. Dabei wurde unterstellt, dass der Iran-Krieg nur wenige Wochen dauert und dass Infrastruktur zur Förderung von Öl und Gas im Nahen Osten nicht zu schwer beschädigt wird. Daher werden die dämpfenden Effekte bereits im weiteren Verlauf dieses Jahres nachlassen. Im weiteren Verlauf dürfte sich die weltwirtschaftliche Entwicklung in moderatem Tempo fortsetzen. Diese Annahme ist allerdings mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.

Nichtsdestotrotz ist aus deutscher Perspektive in der mittleren Frist von deutlich größerer Bedeutung, dass sich die Absatzbedingungen für die deutschen Exporteure in den Weltregionen stark unterscheiden. Die Exporte in die USA werden in der mittleren Frist von der US-Wirtschaftspolitik abhängen. Der oberste Gerichtshof der USA hat mit seiner Entscheidung vom 20. Februar 2026 entschieden, dass der Präsident keine eigenständigen Kompetenzen zur Einführung von Zöllen besitzt. Dadurch wurden unter anderem die sogenannten „reziproken“ Zöllen mit den meisten Handelspartnern der USA rechtswidrig. Die US-Regierung führte einen neuen globalen Zollsatz von 10 % ein. Jedoch muss dieser nach 150 Tagen vom Kongress bestätigt werden. Derzeit sind die Unsicherheiten verbunden mit der Zollpolitik daher immer noch recht hoch. Da die Zollpolitik während der gesamten Amtszeit des jetzigen Präsidenten ein Instrument bleiben dürfte, ist bzgl. der USA auch künftig mit einem volatilen Handelsumfeld zu rechnen. Dagegen scheinen sich die Exporte nach China – abgesehen von den Exporten von Kraftfahrzeugen – inzwischen zu stabilisieren. Da die chinesische Wirtschaft in den kommenden Jahren erwartbar weiterhin Kapazitäten in zukunftsweisenden Bereichen aufbauen wird und dadurch international an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen dürfte sind für die deutschen Exporte in den kommenden Jahren nur leichte Zuwächse zu erwarten. In den Ländern der Europäischen Union dürfte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen. Auch die erhöhte staatliche Nachfrage nach Importgütern im Rüstungsbereich wird vermutlich zu einem rückläufigen Außenbeitrag in der mittleren Frist beitragen.

In dieser Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gehen wir von den folgenden Rahmenbedingungen aus:

- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar verbleibt ab dem ersten Quartal 2026 bei 1,18 \$/€, so dass es von dieser Seite zu keiner Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft kommt.
- Der Ölpreis der Sorte Brent wird zunächst auf 86 \$ im zweiten Quartal 2026 steigen und anschließend wieder sinken, auf 70 \$ Ende 2027. Für die mittlere Frist gehen wir von einem auf diesem Niveau konstanten Ölpreis aus.
- Der Welthandel mit Waren (CPB) dürfte in den Jahren 2026 und 2027 um 2,9% bzw. 1,9 % steigen; in den Jahren 2027 bis 2030 dürfte er mit gut 2 % je Jahr ebenfalls verhaltener expandieren als in früheren Jahren.

3. Fiskalpolitik gibt Impulse, Geldpolitik bleibt neutral

Die Kurzfristprognose (Schmidt et al. 2026) geht davon aus, dass die Finanzpolitik in diesem und im kommenden Jahr expansiv ausgerichtet ist. Dazu tragen in beiden Jahren Ausgaben im Rahmen des Sondervermögens für Investitionen und Klimaschutz in Höhe von jeweils 10 Mrd. Euro und für Verteidigung zusätzliche Ausgaben in Höhe von jeweils 7 Mrd. Euro bei. Diese Werte liegen noch deutlich unter denen im Finanzplan des Bundes vorgesehenen Werten. Da insbesondere Investitionen in Verkehrsinfrastruktur einen erheblichen Planungsvorlauf aufweisen gehen wir davon aus, dass das Investitionsvolumen aus dem Sondervermögen in der mittleren Frist weiter steigt. Allerdings gibt es derzeit nur in der Rüstungsindustrie deutliche Hinweise, dass Kapazitäten aufgebaut werden, um die steigende öffentliche Nachfrage bedienen zu können. In der Bauindustrie herrscht dagegen immer noch eine ausgeprägte Zurückhaltung, so dass die Produktionsanstiege in diesem Bereich begrenzt sind. Aufgrund der steigenden Nachfrage ist in allen betroffenen Bereichen auch mit deutlichen Preissteigerungen zu rechnen.

Die Geldpolitik dürfte in der mittleren Frist neutral ausgerichtet bleiben. Diese Einschätzung basiert wesentlich auf der Annahme, dass der Iran-Krieg bald endet und die Preise für Öl und Gas bald wieder sinken. In diesem Fall dürften die Verbraucherpreise in der kurzen Frist steigen. In der mittleren Frist dürfte die Inflationsrate wieder auf Werte um die 2% sinken. Die finanzpolitischen Impulse dürften vor allem im Bauhauptgewerbe und in der Rüstungsindustrie preistreibend wirken. Diese Bereiche sind aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive relativ klein, so dass die Effekte auf die Verbraucherpreise relativ gering sind.

4. Projektion bis 2030: Produktionslücke schließt sich im kommenden Jahr

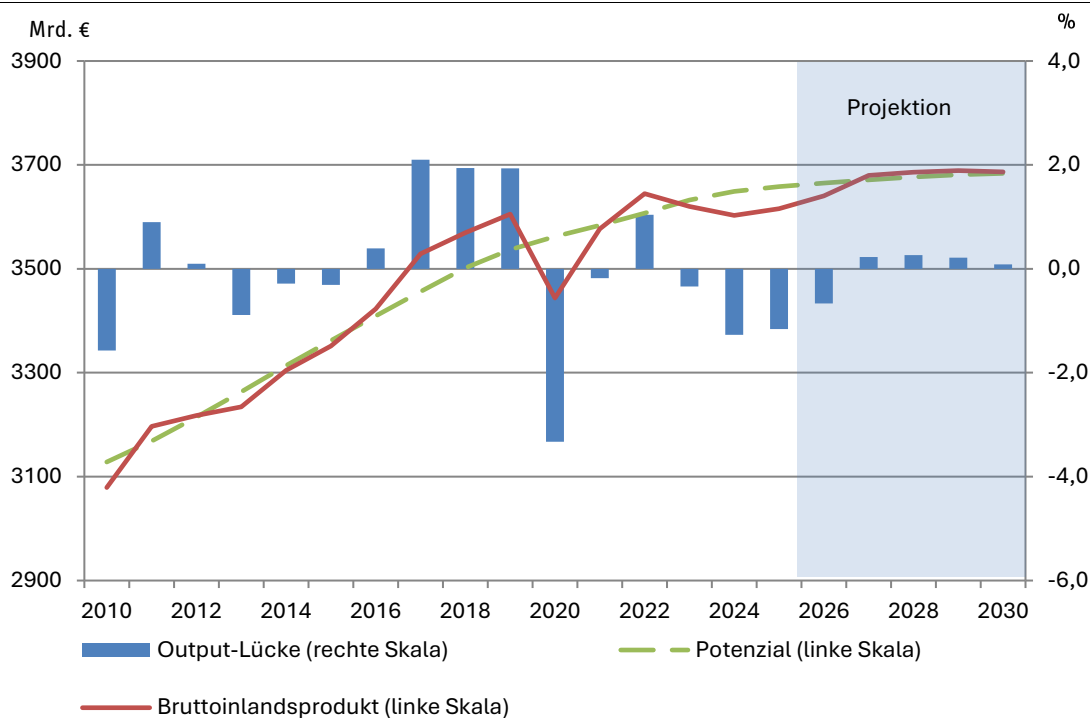
Laut der Kurzfristprognose (Schmidt et al. 2026) nimmt das reale BIP-Wachstum merklich zu und beträgt im Jahr 2026 0,9 % und im Jahr 2027 1,2 %. Wie oben beschrieben ist das ein deutlich stärkeres Wachstum als das des Produktionspotenzials. Die derzeit noch merklich negative Produktionslücke wird bereits 2027 geschlossen und geht in eine positive Produktionslücke über (Schaubild 3). Im mittelfristigen Projektionszeitraum wird dann von der technischen Annahme einer Annäherung der Wirtschaftsleistung an das Potenzialniveau ausgegangen. Die Kurzfristprognose geht davon aus, dass der private Konsum zunächst von einem Wachstum von 0,9 % im Jahr 2026 auf ein Wachstum von 0,7 % zurückgeht, wodurch die vorübergehend auf unter 10 % gesunkene Sparquote wieder steigt. In den kommenden 3 Jahren wird der private Konsum jedoch nur noch stagnieren, insbesondere weil die Erwerbsbevölkerung verstärkt zurückgeht. Ähnlich verhält es sich mit der Investition. Wir erwarten einen leichten Rückgang der Bauinvestitionen da die Investitionen des SVIK nicht ausreichen, um die rückläufige private Investition in diesem Bereich wettzumachen. Die verhaltenen Bauinvestitionen werden von einer Ausweitung der sonstigen Investitionen weitgehend kompensiert (Tabelle 2). Der Außenbeitrag geht dagegen voraussichtlich weiter zurück, während sich die Preisdynamik auch gemessen am BIP-Deflator moderat bleiben dürfte.

Die Outputlücke – die auf Basis des kalenderbereinigten BIP berechnet wurde – schließt sich in der mittleren Frist, ist zum Ende des Projektionszeitraums aber noch leicht positiv. Aufgrund des sehr niedrigen Potenzialwachstums ist bereits dafür ein Rückgang des realen BIP-Wachstums im Jahr 2030 von -0,1 % notwendig. Bei einer annähernden Stagnation des Potenzialwachstums kann sich die Outputlücke nicht mehr in einer konjunkturellen Erholungsphase schließen. Dies lässt erwarten, dass das historisch schwache Potenzialwachstum auch zu einer Veränderung der Konjunkturzyklen führt, wenn es nicht gelingt, die Potenzialraten wieder zu erhöhen.

Schaubild 3

Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke

2010 bis 2030



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen; Zeitraum 2025-2030: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem kalenderbereinigtem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

Das mittelfristige Wachstum könnte durchaus stärker ausfallen, etwa wenn der verstärkte Einsatz von KI die TFP steigen lässt. Zielgerichtete Investitionen im Zuge des SVIK können die Qualität der deutschen Infrastruktur verbessern und somit zur Produktivitätssteigerung beitragen. Andererseits scheint es sich abzuzeichnen, dass ein großer Teil der Mittel Ausgaben im Kernhaushalt ersetzt und somit nur wenig zusätzlich investiert wird (Höslinger und Lay 2026). Sollte der Wanderungssaldo oder die Arbeitszeit pro Kopf stärker sinken, als hier unterstellt ist, könnte dies zu einem negativen Potenzialwachstum führen. Gleichzeitig liegt in einer verstärkten Migration, etwa durch die Zuwanderung von Fachkräften aus den zunehmend zuwanderungsfeindlichen USA, aber auch durch eine erhöhte Fluchtmigration aus dem Mittleren Osten, die Chance, das Arbeitsvolumen und somit das Potenzial zu steigern. Ähnlich verhält es sich mit einem Anstieg der Arbeitszeit pro Kopf. Eine verbesserte Kinderbetreuung könnte vielen Familien etwa die Möglichkeit schaffen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen.

Tabelle 2

**Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
2020 bis 2030**

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2020	2025	2030	2020 bis 2025	2025 bis 2030
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mill.	45,0	46,0	45,6	0,3	0
Arbeitnehmer (Inland), in Mill.	40,8	42,2	41,9	0,5	0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1314	1332	1337	-0,5	0
Arbeitsvolumen, in Mill. h	59066	61259	60997	-0,2	0
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2020=100	100,0	102,3	105,1	-0,2	1/2
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2020=100	100,0	100,9	103,3	0,3	1/2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	3450,7	3609,5	3680,5	0,1	1/2
Deflator des BIP, 2020=100	100,0	123,8	137,8	4,0	2 1/4
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	3.450,7	4.469,9	5.069,4	4,0	2 3/4
Private Konsumausgaben	1.478,8	2.377,9	1.678,3	4,3	2 3/4
Konsumausgaben des Staates	769,0	960,2	1.182,6	5,8	3 3/4
Bruttoanlageinvestitionen	736,5	908,0	1.053,8	-1,3	1/2
Vorratsinvestitionen	13,3	72,4	82,5	-	-
Außenbeitrag	183,1	105,3	72,2	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in % des BIP	5,3	2,4	1,4	-	-

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹ Im Projektionszeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

5. Literatur

Barabas, G., R. Döhrn, H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2017), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland, RWI Konjunkturberichte 68 (2): 17-34.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI-Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. ThumThysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy, Economic Papers 535, Europäische Kommission, Brüssel.

Höslinger, E. und M. Lay (2026), Monitoring der Investitionen des Bundes: Werden zusätzliche Schulden auch für zusätzliche Investitionen verwendet? ifo Schnelldienst digital 4.

Lehmann, R. und J. Ragnitz (2026) Künftige Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland, ifo Dresden berichtet 1.

Schmidt, T., N. Benner, B. Blagov, M. Dirks, N. Isaak, D. Grozea-Helmenstein, R. Jesse, S. Kotz, C. Krause, P. Schacht-Picozzi und K. Weyerstraß (2026) Frühjahr 2026: Steigende Energiekosten belasten die wirtschaftliche Erholung. RWI Konjunkturberichte, 77, A01.

ZEW (2024) Einordnung des deutlichen Anstiegs der krankheitsbedingten Fehlzeiten seit 2022. ZEW policy brief 18. Mannheim: ZEW.